



DIE ZEIT



Nr. 19 5. Mai 1978

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

33. Jahrgang. Preis 2,20 DM C 7451 C

Die Entspannung auf der Kippe

Breschnjews Bonn-Besuch: nur eine heikle Hoffnung

Von Kurt Becker

Leonid Breschnjews zweiter Besuch in Bonn kann jene erwartungsvolle Premierienstimmung nicht aufs neue beleben, die dem Sowjetführer noch bei seiner ersten Visite im Mai 1973 entgegen geschlagen war. Der Antriebschwung der Entspannung ist längst dahin. Heute muß sie vor Auszehrungsgefahren geschützt werden; der einmal eingeleitete Prozeß in Europa muß unumkehrbar bleiben.

Dabei ist nicht zu leugnen, daß die einstige Euphorie, die sich nach dem Abschluß der Ostverträge und des Viermächte-Abkommens über Berlin auf beiden Seiten eingestellt hatte, maßlosen Überschätzungen entstammte. Noch vor fünf Jahren setzte Willy Brandt bei seinen Gesprächen mit Breschnjew auf die günstige dynamische Wirkung der Vertragspolitik; in der europäischen Sicherheitspolitik und in der politischen Kooperation, bei der Handhabung des Status von Berlin und in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Aber aus dem besonderen Konflikt-Verhältnis zwischen Bonn und Moskau entwickelte sich nie eine politische Sonderbeziehung, sondern bloß ein Normalverhältnis, das die ideologegeschwängerte und interessenbedingte Gegensätzlichkeit nur abgemildert, nicht jedoch eingeebnet hat.

Bei alledem hat der wirtschaftliche Bereich noch weitaus am besten abgeschnitten — der Export in die Sowjetunion hat sich seit 1973 vervielfacht; Breschnjews Verheißung eines grandiosen Wirtschaftsaustauschs mußte freilich als bald den Realitäten weichen. Der Krenlherr hatte nicht nur die wirtschaftliche Leistungskraft der Bundesrepublik überschätzt, sondern ebenso auch die blockierenden Unzulänglichkeiten der eigenen Planungsbürokratie unterschätzt. Ohnedies hat sich gezeigt, daß wirtschaftliche Interessen allein nicht genügen, die Entspannung voll in Schwung zu bringen.

Um so belastender wirkt es sich seitdem aus, daß die Normalisierung mit der Sowjetunion nicht die Diskussion über den Status von Berlin beendet hat. Die von Brandt und Breschnjew im Mai 1973 beschlossene Formel, das Berlin-Abkommen müsse strikt eingehalten und voll angewendet werden, soll jetzt wieder bekräftigt werden. Doch hat diese Formel schon bisher nicht verhindern können, daß beide Seiten das Abkommen unterschiedlich, wenn nicht gar entgegen gesetzt auslegen — sei es bei der Einbeziehung Westberlins in Verträge, die Bonn mit ost-europäischen Staaten abschließt, sei es bei jenem Passus des Viermächte-Abkommens, nach dem die Bindungen der Stadt an die Bundesrepublik aufrechterhalten und weiterentwickelt werden sollen. Stets entschloß sich Moskau zu einer restriktiven Haltung.

Zugleich hat die Sowjetunion seit dem Beginn der Entspannungspolitik enorme Rüstungsanstrengungen unternommen und ihre Militärmaschinerie in Europa weit über alle denkbaren Verteidigungserfordernisse hinaus verstärkt. Das ist zwar nicht in erster Linie ein bilaterales Problem zwischen Bonn und Moskau, aber es beeinträchtigt die Entspannungsbilanz. Jedenfalls stellen sich heute zwei prinzipielle Fragen. **Erstens:** Wünscht die Sowjetunion wirklich eine langfristige Entspannung in Europa? Oder strebt sie nur eine einstweilige Ruhigstellung ihres westlichen Vorfeldes bei gleichzeitiger Ausnutzung der wirtschaftlichen Vorteile an, die ihr die Zusammenarbeit mit dem Westen bietet? **Zweitens:** Betrachten die Sowjets Berlin weiterhin als jederzeit einsetzbaren Krisenhebel zur Durchsetzung politischer Ansprüche? Oder wollen sie in Berlin lediglich verhindern, daß die Bundesregierung die Grauzonen des Viermächte-Abkommens nachträglich zum eigenen Vorteil ausdeutet?

Hartnäckig in Berlin

Das sind Erwägungen, die nicht nur Bonn anstellen muß. Die widersprüchliche Entspannungspolitik Moskaus beschäftigt auch Amerika und die anderen westlichen Verbündeten. Argwohn und Zweifel halten sich zwar überall — und gerade in Bonn — in angemessenen Grenzen. Aber die Bundesregierung zaudert heute doch, ihr Verhältnis zur Sowjetunion rein bilateral aufzubessern. Wo immer möglich, zieht sie eine multilaterale Einbettung ihrer Entspannungspolitik vor. Sie sucht Rückhalt — bei den Partnern der Europäischen Gemeinschaft oder bei den Verbündeten der westlichen Allianz, wobei bald den Vereinigten Staaten, bald Frankreich eine besondere Bedeutung zuwächst.

Im Gespräch mit Breschnjew gibt es nicht viel zu verhandeln und zu beschließen. Die drei legendären Verträge — über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, gegenseitige Rechtshilfe und Kulturaustausch — sind seit fünf Jahren im Tiefkühlfach, weil Moskau sich der Einbeziehung Westberlins widersetzt. Nun läßt es sich auch ohne diese Verträge leben, aber die Hartnäckigkeit Moskaus symbolisiert die Härte seiner Verweigerungspolitik. Eine weitere Belebung der Handelströme? Sie wäre wünschenswert, stößt aber auf systemimmanente Grenzen.

Eine Vitalisierung der Entspannung läßt sich im übrigen schwerlich vorstellen, wenn nicht der Kanzler Gewißheit über die künftige Berlinpolitik Breschnjews erhält. Dazu gehörte Moskaus Verzicht auf den Versuch, die im Berlin-Abkommen verbürgten Bindungen der Stadt an den Bund zurückzuschrauben und überhaupt Zurückhaltung zu üben. Die sowjetische Kampagne gegen die Teilnahme Westberlins an den Wahlen zum Europa-Parlament im kommenden Jahr läßt freilich befürchten, daß das propagandistische Grummeln nur das Präludium zu einem harschen Einspruch ist. Ähnliches gilt für die anhaltenden Attacken auf die turnusmäßig fällige Wahl des Regierenden Bürgermeisters Stobbe zum Bundesratspräsidenten. Moskau berührt damit empfindliche Nerven. Blicke es dabei, so würde die Geschäftsgrundlage der Entspannung einen schweren Schlag erleiden. Genschers Hinweis „Berlin bleibt ein Prüfstein“ ist nicht zu hoch gegriffen.

Auch das zweite Thema des Bonner Gipfeltreffens — Abrüstung und Rüstungsbegrenzung — birgt die Gefahr eines aufbrechenden Gegensatzes. Im Vorfeld der noch in diesem Monat beginnenden Sonderversammlung der Vereinten Nationen hat Breschnjew die Abrüstung zum Leitmotiv erhoben; zuletzt in der vorigen Woche vor den Komsomolzen. Prinzipiell liegt dies auch in unserem Interesse. Eine der großen Schwächen der Entspannung besteht ja bisher darin, daß sie in Europa noch nicht auf den militärischen Bereich ausgedehnt werden konnte — trotz der Wiener Verhandlungen über eine Truppenverminderung, die nach bald fünf Jahren Dauer erst bei dem gegenseitigen Austausch von Streitkräftedaten angeht.

Im globalen Maßstab besteht ein militärisches Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West. In der europäischen Region hingegen dauert das konventionelle Übergewicht der Sowjets an. Es schrittweise durch Truppenreduzierungen und Rüstungsabbau auf gemeinsame Höchststärken in beiden Teilen Mitteleuropas einzupendeln, ist ein altes Ziel des Kanzlers. Ein problematisches Ziel, weil Moskau sein Übergewicht als „historisch gewachsen“ betrachtet.

Strittige Abrüstungsprioritäten

Ein kürzlich in Wien auf deutsches Betreiben eingebrachter neuer Vorschlag des Westens ist aber immerhin auf Breschnjews Interesse gestoßen; die Frage ist indessen, ob er sich dieses Interesse jetzt in Bonn durch gemeinsame Formulierung zum Abrüstungsthema bezahlen lassen möchte. Noch Anfang dieser Woche rangen die Diplomaten um die Passagen einer gemeinsamen Erklärung. Der Erfolg blieb offen; vielleicht gibt es nur ein biederer Kommuniké. Breschnjews jüngste Rede setzte schon die wichtigsten Überschriften: Totales Herstellungsverbot von Kernwaffen; keine Produktion von konventionellen Waffen mit großer Vernichtungskraft (die der Westen zur Zerstörung von Panzermassierungen entwickelt); keine Verstärkung der Armeen noch der konventionellen Rüstungen. Führt Breschnjew diesen Katalog in seinem Gepäck, so geriete der Kanzler in eine heikle Situation: Er müßte vermeiden, den Sowjetführer zu verpöhlen, andererseits aber einer gemeinsamen Absichtserklärung ausweichen, die ihn unweigerlich in einen Konflikt mit den westlichen Verbündeten stürzen müßte. Da bliebe dann nur die Ausflucht in Prinzipien: Rüstungskontrolle für konventionelle Bewaffnung; keine Weiterverbreitung von Kernwaffen; Maßnahmen zur Vertrauensbildung, um die Gefahren der Konfrontation zu verringern; Rüstungsbegrenzungen bei unverminderter Sicherheit der Beteiligten.

Es mag für den Kanzler hilfreich sein, daß der strategische Dialog der beiden Weltmächte als bald Chancen für das zweite Salt-Abkommen eröffnet und Jimmy Carter die Neutronenwaffe von der Tagesordnung abgesetzt hat. Weniger hilfreich ist es, daß die Russen Jimmy Carter für einen schwachen Präsidenten halten und dies möglicherweise in Bonn — gewiß vergeblich — auszuschlachten versuchen.

Die auf eine bloße *Tour d'horizon* geschrumpfte Begegnung der beiden Staatsmänner enthält gleichwohl alle Merkmale einer bedeutsamen Richtungsentscheidung. Ihr Verlauf wird Bonns künftiges Verhältnis zur Sowjetunion bestimmen — und damit auch über die weiteren Ausgleichsversuche zwischen Bonn und Ostberlin entscheiden.

Ohne eine Befreiung vom bisherigen sowjetischen Druck auf den Berlin-Status wäre der Entspannung nur eine kümmerliche Zukunft beschieden. Eine andauernde Wiederbelebung bis ins achtzehnte hinein wäre darüber hinaus erst aussichtsreich, wenn eine langfristige Perspektive zur Herabrüstung in Mitteleuropa erkennbar würde und der politischen Sicherheit ein Zuwachs der militärischen Sicherheit folgte. Mißlänge beides schon im Ansatz, so würde ein prosperierender Osthandel nicht lange verschleiern können, daß die Entspannung stecken geblieben ist.



Ungeliebte Mitmarschierer

Neue Ideen gefragt

Ein Schuß Klassenkampf zum 1. Mai / Von Rolf Zundel

Niemand wird dem DGB-Chef Heinz-Oskar Vetter widersprechen wollen: „Es gab in der Bundesrepublik schon schönere Maifeiern“. Deutliche, ja grobe Worte waren gewiß auch früher auf solchen Kundgebungen zu hören, und ein Schuß Klassenkampf war ebenfalls oft dabei. Aber vor dem Hintergrund von Wachstum und Prosperität wirkte das damals alles sehr ungefährlich — wie Traditionspflege: Salut der kämpferischen Vergangenheit, die Zukunft aber gehörte der Hoffnung auf Wohlstand und fortschreitende soziale Integration.

Heute haben die Parolen wieder einen anderen, einen drängenderen, drohenden Klang. Da nannte es der IG-Metall-Vorsitzende Loderer einen „sozialen Skandal, wenn sich der eine Teil der Arbeitnehmer kaputt schuftet und der andere Teil auf der Straße sitzt“. Sein Kollege Hauenschild von der IG Chemie bezeichnete wie Loderer die Politik der Unternehmer als „Klassenkampf von oben“. DGB-Chef Vetter sprach von einem „pausenlosen Trommelfeuer der vereinigten Reformgegner“ und zürnte, die Aussperrung sei der reaktionäre Versuch, die Waffe des Streiks stumpf und damit die Gewerkschaften kampfunfähig zu machen.

Keiner der drei zählt zu den Radikalen; sie sind so staats- und systemtreu, wie eine Regierung sie sich nur wünschen kann. Verwunderlich ist ihr Sozialer trotz dem nicht. Er ist die Konsequenz tonfall und ökonomischer Schwierigkeiten, vor denen auch die Gewerkschaften ziemlich ratlos stehen. „Neue Ideen müssen her“, überschrieb Vetter nicht zufällig seinen Mai-Artikel in der *Welt der Arbeit*. Aber welche?

Auf dem traditionellen Kampffeld der Tarifverhandlungen sind trotz gewaltigen Schlachtenlärms Fortschritte in Form eines realen Einkommenszuwachses nicht mehr zu erreichen. Die Mitbestimmung ist an die Grenze der politischen Durchsetzbarkeit gelangt, und die Gewerkschaften müssen eher befürchten, daß die Grenzmarken durch die Verfassungsrichter nach rückwärts verschoben werden. Ihre Begeisterung für neue Konjunkturprogramme zur Ankurbelung der Wirtschaft — sie wurden früher oft im Fanfaren-ton verlangt — ist merklich abgekühlt. Die Gewerkschaften fürchten, daß ihre Klientel dabei zu kurz kommt, ja, daß bloß noch mehr Arbeitsplätze wegrationalisiert werden.

Die Kombination einer nur mühsam wieder Fahrt gewinnenden Wirtschaft mit wachsenden

Strukturproblemen und versagenden sozialen Integrationsrezepten erklärt eine ganze Menge der Unmutäußerungen. Da ist es wahrlich kein Wunder, wenn das traditionelle Vokabular wieder durchschlägt. Aber die alten Reizworte führen in die Irre. Es steht nicht — noch nicht — eine Neuaufgabe des klassischen Themas des Sozialismus zur Debatte; es ist keine Rede von der Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum; es wird auch nicht das herkömmliche Thema der altgewordenen Gewerkschaftsbosse diskutiert: mehr Mitbestimmung über Veränderung der Unternehmensorganisation. Die neu heranwachsende Führungsgeneration — Steinkühler in Stuttgart hat es schon vorgeführt — setzt die Schwerpunkte anders, und auch ihr Vokabular ist anders. Da geht es um Verbesserung und Sicherung des Arbeitsplatzes, um Garantien gegen unverschuldete finanzielle Herabstufung und vor allem um Arbeitszeitverkürzung.

Nicht die Klassenkampfparolen in ihrer martialischen Abstraktheit waren denn das Thema des 1. Mai 1978. Was die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer tatsächlich umtreibt, sind praktische soziale und ökonomische Fragen. Da allerdings mangelt es an Ideen, auch an Solidarität, und zwar bei den „Kapitalisten“ wie bei den Gewerkschaften. Auch sie haben, auf immer mehr Wohlstand starrend, lange Zeit die Frage, wie weit die Würde des Menschen von seiner Arbeit abhängt, sträflich vernachlässigt.

Diese praktischen Themen stehen nun auf der Tagesordnung. Die Politiker tun gut daran, sie ernst zu nehmen — nicht im Sinne der schnellen Zustimmung, aber auch nicht im Sinne hinhaltenen Widerstands. Sonst könnte es passieren, daß einige der Begriffe des Klassenkampfes doch wieder den alten Inhalt bekommen.

Nebenbei: Hier handelt es sich nicht nur um Sprengstoff für die Gesellschaft, sondern auch für die amtierende Bonner Koalition. Wenn Eugen Loderer Teile der FDP als fünfte Kolonne des Kapitals in den Parlamenten bezeichnet, so ist zwar nicht die Idee neu, aber der Tonfall doch sehr ungewöhnlich. Neu ist auch nicht, daß die SPD Verständnis für die Sorgen der Gewerkschaften zeigt, bemerkenswert aber, wie einheitlich und vorbehaltlos die SPD den Gewerkschaften zur Seite tritt. Auch da werden neue Bruchlinien sichtbar.

Die Diktatur der Daten

Steht Orwells „1984“ unmittelbar bevor? Der Bürger weiß nicht, daß unzählige Daten über sein Tun und Lassen bereits in Computern gespeichert sind. Die totale Überwachung ist technisch machbar.

Davor soll das Bundesdatenschutzgesetz, seit Anfang des Jahres in Kraft, bewahren. Freilich ist es in weiten Teilen wirkungslos. Horst Bieber weist nach, daß der Schutz ausgeweitet werden muß (Seiten 9 bis 13).

Ein Hauch von Shakespeare

Drei Jahre und 1300 Druckseiten hat Richard Nixon gebraucht, um seine Memoiren zu Papier zu bringen — den Rechenschaftsbericht eines US-Präsidenten, der als einer der bedeutendsten Außenpolitiker unseres Jahrhunderts in die Geschichte seines Landes eingehen wird und zugleich, seiner pathetischen Bezeichnung von einst („I am not a crook“) zum Trotz, als ein unverbesserlicher Lügner, Finessierer, Intrigant — ein Bösewicht von schurkenhafter Dimension. Kein amerikanischer Präsident war je aus krümmenderem Holz geschnitten.

Weiße Teile des Erinnerungswerkes — Erstauflage: 250 000 — sind dem Watergate-Skandal gewidmet, der Nixon am Ende sein Amt kostete. Er wußte von dem Einbruch ins Wahlhauptquartier der Demokraten; er tat alles, um den Schaden für sich und seine Freunde auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Deshalb auch dokterte er später an den berüchtigten Tonbändern herum; deshalb verschante er sich hinter den angeblichen Erfordernissen der nationalen Sicherheit, um die Untersuchungen der Justiz wie des Kongresses zu behindern; deshalb schob er seinen unabwendbaren Rücktritt hinaus, bis sich die Walstatt rings um ihn geleert hatte, fast nur noch seine Familie zu ihm hielt.

Weißwäsche oder manhaftes Bekenntnis? Die Meinungen der Leser werden auch nach der Lektüre auseinandergehen. Nixon bestätigt manches, worüber bisher nur geraunt wurde: daß er Henry Kissinger aufforderte, mit ihm im Lincoln-Salon des Weißen Hauses auf die Knie zu fallen und zu beten; daß Kissinger — der selber mittlerweile schon 1300 Manuskriptseiten seiner Memoiren zu Papier gebracht hat — ihm zur Abdankung riet; und daß der abtretende Präsident seinen Außenminister bat, als Bürge der Kontinuität auch unter Gerald Ford im Amt zu bleiben. Viele Fragen freilich bleiben offen.

Gleichwohl: Ein Hauch von Shakespeare, ein Ruch von Richard III. weht aus den Nixon-Memoiren. Da schreibt kein kleiner Strauchdieb, sondern eine der großen, genuin bösen Gestalten unserer Zeit. Und manche Einsichten Nixons sind von fortdauernder Gültigkeit. Etwa diese: „Ich habe nie viel von der Theorie gehalten, daß das Präsidentenamt den Mann zum Präsidenten macht... Seine Fähigkeiten werden deutlicher erkennbar, seine Fehler greller beleuchtet. Das Präsidentenamt ist kein Fortbildungskurs. Es ist ein Vergrößerungsglas.“

Henrys Spuren

Nachahmung ist die aufrichtigste Form des Kompliments. Henry Kissinger kann heute heimlich triumphierend die späte Ehrung genießen, die ihm durch seinen Rivalen Zbigniew Brzezinski zuteil wird: Carters Sicherheitsberater will Ende Mai nach Peking reisen, um an die Tradition seines Vorgängers anzuknüpfen, der Amerika 1972 in die Kluft zwischen China und die Sowjetunion manövrierte.

Vergessen sind Brzezinskis Sprüche von einer „Weltordnungspolitik“, die er an die Stelle von Kissingers geschlotener „Gleichgewichtspolitik“ setzen wollte. Die Entspannung mit Moskau ist löchrig geworden, die strategischen Abrüstungsgespräche stocken seit Monaten. Nun eifert auf einmal der „Architekt“ Brzezinski dem „Akrobaten“ Kissinger nach. Sein Reizen mit der chinesischen Karte soll den Sowjets auf die Sprünge helfen.

Ob die Karte sticht? Auch die Russen verhandeln nach einjähriger Pause plötzlich wieder mit den Chinesen. Und Carter scheint nicht gewillt, den geforderten Tribut — die Preisgabe Taiwans — für die Normalisierung zu entrichten. Die Chinesen lassen sich Zeit. Ein altes Mao-Zitat bleibt unvergessen: „Wenn die Amerikaner uns nicht in 100 Jahren anerkennen, dann werden sie es in 101 Jahren tun.“

DIESE WOCHE

Politik	1—8, 13
Politische Woche	8
Dossier	9—13
Länderspiegel	14—15
Politisches Buch	16
Wirtschaft	17—30
Leserbriefe	31
Impressum	26, 31
Themen der Zeit	32
Berufe	33—37
Feuilleton	38—44
Literatur	45—46
Kinder- u. Jugendbücher	47
Kritik und Information	48
Reise	49—56
Wissenschaft	62
Modernes Leben	57—60, 63—64

25 **Teufelswerk oder Wunderdroge?**
Michael Jungblut: Der Streit um das Wirtschaftswachstum führt in die Irre

41 **Wer ist Klaus Mario Schreiber?**
Hans C. Blumenberg über Simmel und seinen neuen Bestseller „Hurra“ — wir leben noch!

57/58 **Fünf Tage als Geisel**
Was ein Mensch empfindet, der mit dem Leben abgeschlossen hat

64 **Sehnsucht nach einer Postkutsche**
Nina Grunberg: Randbemerkungen von der Reise zu Deutschlands Diplomaten



Leb wohl, Genosse...

Nicht Klassenkampf oder Proletarierstolz, sondern Wohlstandserlebnisse sind die Lieblingsthemen der Karikaturisten des Landes, aus dem der Staatsgast dieser Woche kommt.